

POLITIK

Mehrheit in Hilchenbach für Steuererhöhungen

08.10.2014 | 20:49 Uhr



Erst kürzlich hatten Bürger noch für den Erhalt der Schulsozialarbeit demonstriert.

Foto: Steffen Schwab

Wenn die CDU gehofft hatte, dass in der von ihr beantragten geheimen Abstimmung Abweichler die Mehrheit im Hilchenbacher Rat gefährden, lag sie daneben: Gegen den Grundsatzbeschluss für ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept stimmten am Mittwochabend acht Ratsmitglieder.

Wenn die CDU gehofft hatte, dass in der von ihr beantragten geheimen Abstimmung Abweichler die Mehrheit im Hilchenbacher Rat gefährden, lag sie daneben: Gegen den Grundsatzbeschluss für ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept, mit dem der Weg frei für Steuererhöhungen im kommenden Haushaltsjahr ist und mit dem ein vorläufiger Abschied vom Nothaushalt erreicht werden sollen, stimmten nur acht Ratsmitglieder. Das entspricht der Stärke der CDU-Fraktion, die kein Hehl aus ihrer Ablehnung gemacht hatte. Von 41 Stadtverordneten waren bei der Sondersitzung am Mittwoch 36 anwesend. 27 votierten für den Beschluss, eines enthielt sich.

Dass es auf Seiten der Befürworter nicht harmonisch zugeht, zeigten die Wortwechsel vor allem zwischen SPD und Grünen. Die SPD hatte erst kürzlich auf den von Grünen, FDP und UWG eingeschlagenen Kurs eingeschwenkt. Das allerdings mehr versehentlich, wie Grünen-Sprecher Peter Neuhaus zu wissen glaubte. Eigentlich hatte die größte Fraktion des Rates (die SPD hat 15 Sitze) nur ihre Vorschläge für die Sparkommission benennen wollen. Das war aber so ausgelegt worden, dass sie die Erhöhung der Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer mittragen würde.

SPD fühlt sich überrumpelt

SPD-Fraktionschef Helmut Kaufmann beschrieb die Situation so, dass seine Fraktion „vom Bürgermeister überrumpelt“ worden sei, nun aber zustimmen werde. Er warnte aber davor, dass Hilchenbach eine „Hochsteuerkommune“ werde, in der mit dem Geld der Bürger Aufgaben finanziert werden, die der Stadt von außen aufgebürdet werden. Die eigentliche Frage, die die Politik in den nächsten Jahren beschäftigen müsse, sei, „was sich die Kommune mit immer weniger Einwohnern leisten kann“. Daher setze die SPD auf die Arbeit der Sparkommission.

Heinz Jürgen Völkel (UWG) und Christoph Rothenberg (FDP) hatten zuvor schon signalisiert, dass ihre Fraktionen den Grundsatzbeschluss mittragen. Die „Bremsklötze nach sieben Monaten Stillstand

geloockert“ habe die SPD, fand Grünen-Sprecher Peter Neuhaus: „Das hättet ihr einfacher haben können.“ Ohne Drehung an der Steuerschraube gehe es nicht weiter. Der SPD warf Neuhaus vor, „ein Stück ihrer Seele verkauft“ zu haben, als sie Steuererhöhungen grundsätzlich ausschloss. Doch sei die Fraktion „vom Bürger zur Ordnung gerufen“ worden – durch Unterschriften für das geschlossene Familienbüro, für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit und auf der Versammlung Ende September, als vielfach neue Ideen entwickelt wurden. Die Steuererhöhungen, rechnete Neuhaus vor, seien verkraftbar.

Das letzte Wort hatte CDU-Fraktionschef André Jung, der mehr Potenziale für Einsparungen angesichts des demografischen Wandels zu suchen forderte. „Brauchen wir so viel Personal und bestimmte Einrichtungen?“, fragte Jung. Gewerbesteuererträge seien ein Standortfaktor gerade für Firmen, die Güter auf die Straße bringen und unter den schlechten Verkehrsverbindungen zu leiden hätten.